

D2 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Marlen Drechsler (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 3. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Am Vormittag des 05. November 2024 wurden im Umland von Leipzig, Dresden und im
2 Landkreis Meißen Razzien durchgeführt und dabei mehrere junge Männer wegen der
3 Gründung der rechtsterroristischen Vereinigung „Sächsische Separatisten“
4 verhaftet. Sie planten mit Waffengewalt Regionen zu erobern und dort eine
5 völkische, antisemitische Diktatur zu errichten. Viele der verhafteten Männer
6 sind AfD-Mitglieder, einer sogar gewählter Stadtrat für die AfD. Es steht fest:
7 Die AfD leistet einen beachtlichen Beitrag solcher Gruppierungen, welche für
8 unsere freiheitlich-demokratische Ordnung die größte Gefahr darstellen. Es steht
9 auch fest, dass solche Radikalisierungen in diesem Ausmaß vor allem deshalb
10 stattfinden können, weil es in Sachsen unfassbar viel Nährboden für
11 rechtsextreme und rechtspopulistische Narrative gibt.

12 Wir BÜNDNISGRÜNE definieren uns als antifaschistische Partei. Nicht weil das in
13 unserer Satzung festgeschrieben ist – denn das ist es nicht – sondern weil wir
14 unermüdlich für die Demokratie in diesem Freistaat eintreten und sie fördern
15 wollen. Dazu zählt ganz klar: Wir stellen uns entschieden gegen
16 antidemokratische und menschenverachtende Weltbilder. Mit voller Kraft und
17 Stärke kämpfen wir für die Beseitigung rechtsextremer Strukturen und
18 rechtsextremen Gedankenguts.

19 Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen!

20 Demokratie und Teilhabe in der Gemeinschaft sollen kein Privileg der
21 einkommensstarken und vermögenden Bürger*innen sein. Armutsgefährdete Menschen
22 sehen sich häufig aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation auch in vielen
23 Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Damit werden sie
24 anfälliger für rechte Narrative, welche ihre Verlust- und Abstiegsängste für
25 Spaltung und Hetze missbrauchen.

26 Verlustängste und Abstiegsorgen beseitigen!

27 Die Angst vor Wohlstandsverlust und Verarmung bereitet vielen Menschen Sorgen.
28 Sie fühlen sich von der Politik nicht wahrgenommen und wenden sich in ihrer
29 Angst politischen Kreisen zu, die für diese komplexen Ängste vermeintlich
30 einfache Ursachen und Lösungen bieten. Wir dürfen diese Ängste nicht länger
31 reaktionären Kräften überlassen. Es ist unsere Pflicht, diesen Ängsten
32 fürsorglich und empathisch zu begegnen. Wir müssen deutlich machen, dass wir
33 diese Ängste ernst nehmen und dafür eintreten, dass sie sich nicht
34 verwirklichen.

35 Verbesserung der Lebensqualität durch Investitionen in ländliche Infrastruktur!

36 Während in den Großstädten progressive Inhalte noch auf Anklang stoßen, wird der
37 ländliche Raum immer weiter von extrem bis radikal rechten Kräften eingenommen,
38 welche Strukturen aufbauen und die Bevölkerung für ihr menschenverachtendes
39 Weltbild vereinnahmen. Dem begegnen wir, indem wir gezielt den ländlichen Raum
40 und dessen Zukunftsperspektive stärken. Dieser bietet unfassbar viel Potenzial,

41 aber zu oft ist er wortwörtlich von wirtschaftlichen und kulturellen Zentren
42 abgekoppelt.

43 Politische Bildung und Jugendförderung auszubauen!

44 Die Wahlen haben gezeigt, dass die Zustimmung der AfD bei jungen Menschen
45 besorgniserregend hoch ist. Dem wollen wir begegnen, indem wir politische
46 Bildung zu den Themen Demokratie, Rechtsextremismus, Klimaschutz und soziale
47 Gerechtigkeit vermehrt auf den Lehrplan setzen und junge Menschen öfter und
48 besser an politischen Entscheidungen beteiligen.

49 Schaffung eines echten Aufstiegsversprechens für junge Menschen!

50 Junge Menschen sehen immer neue Konflikte vor sich – Klimakrise, fehlende
51 Rentensicherheit – und viel zu oft ist nicht einmal der Arbeitsplatz mit fairen
52 und sozial verantwortungsvollen Arbeitsbedingungen in Aussicht. Überall wird
53 davon geredet, dass wir mehr und länger arbeiten sollen, und das am besten noch
54 zum gleichen Lohn. Überall sprießen Debatten darüber, dass junge Menschen jetzt
55 die offenen Arbeitsplätze belegen sollen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass
56 all diese Forderungen nach mehr Arbeit die Debatten um weniger soziale
57 Sicherheit untergraben und jungen Menschen die Arbeitnehmer*innenrechte für eine
58 sichere Zukunft entziehen. Wir wollen das ändern und Maßnahmen auf den Weg
59 bringen, die junge Menschen sozial absichern und ein Leben in Wohlstand
60 ermöglichen!

61 Sicherung der sozialen Grundrechte für eine gerechte Gesellschaft!

62 In Zeiten von Verunsicherung ist es Aufgabe der Politik, diese Verunsicherung
63 aufzugreifen und zu beantworten. Es ist unser Ziel, uns für das menschenwürdige
64 Leben im Sozialstaat einzusetzen und die Grundpfeiler des Sozialstaates
65 auszubauen. Die Wissenschaft zeigt: Wer sich sozial wertgeschätzt fühlt und
66 nicht von andauernder Armut gefährdet ist, neigt deutlich weniger zu
67 antidemokratischen Haltungen.

68 Das bedeutet für uns BÜNDNISGRÜNE im Einzelnen:

69 Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen!
70 Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren immer weiter
71 auseinandergewachsen. Zwar hat sich der allgemeine Wohlstand in der Bevölkerung
72 – auch in Sachsen – stetig verbessert, aber ungerecht verteilt. Wir beobachten
73 mit Besorgnis, wie der Wohlstand vor allem in die Taschen weniger Menschen
74 wandert. Während in den letzten Jahren das Vermögen der Superreichen um 10 %
75 wuchs, waren es bei den unteren 75% nur 1,5% Vermögenswachstum - und damit
76 weniger als die Inflationsrate. Diesem Zustand gilt es entschieden
77 entgegenzuwirken, um unter anderem das Gefühl sozialer Ausgrenzung zu überwinden
78 und sicherzustellen, dass armutsgefährdete Menschen in die demokratische

79 Gesellschaft eingebunden bleiben. Wir setzen uns deshalb als BÜNDNISGRÜNE in
80 Sachsen für folgende Maßnahmen ein:

- 81 • Verbesserung der Verfügbarkeit von sozialem und bezahlbarem Wohnraum
- 82 • Erhöhung des Wohngeldes in Anbetracht des desaströsen Wohnungsmarktes
- 83 • Stärkung des Mietrechtsschutzes und Einsatz für eine bundesweite
84 Mietpreisbremse
- 85 • Ausbau von Schuldnerberatungsstellen
- 86 • Gezielte Förderung und Integration in den Arbeitsmarkt statt 1€-Jobs und
87 Sanktionierungen
- 88 • Vergabe von Ausschreibungen durch Kommunen und den Freistaat Sachsen
89 ausschließlich an Unternehmen, die nach Tarifvertrag bezahlen

90 Verlustängste und Abstiegsorgen zu beseitigen!

91 Immer mehr Menschen mit Durchschnittseinkommen oder weniger fürchten sich, ihre
92 Rechnungen nicht mehr begleichen zu können, den Einkaufswagen zu füllen, die
93 Wohnung im Winter zu heizen oder Wünsche ihrer Kinder zu ermöglichen. Eine
94 unverherzbare Ausgabe kann das Budget sprengen und zu Schwierigkeiten führen,
95 die Miete oder den Strom pünktlich zu überweisen. Diese Ängste sind keine
96 irrationalen Hirngespinnste, die wir ignorieren sollten. Stattdessen müssen wir
97 sie ernst nehmen – nicht nur in Parteibeschlüssen, sondern auch in unserem
98 politischen Handeln. Um Abstiegsängste aufzufangen, setzen wir uns für folgende
99 Maßnahmen ein:

- 100 • langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen mit einem besonderen Fokus auf
101 strukturschwache Gebiete
- 102 • Unterstützung für Betriebe, um ökologische und zukunftsichere
103 Investitionen vorzunehmen
- 104 • Ausbau des Netzes der Erneuerbaren auf 100 % bis 2029
- 105 • Ausbau gezielter Weiterbildungsmaßnahmen, um präkerer Beschäftigung
106 entgegenzuwirken
- 107 • Stärkung der Tarifbindung in Ostdeutschland

108 Lebensqualität durch Investitionen in ländliche Infrastruktur zu verbessern!

109 Besorgniserregend oft sind die einzigen gesellschaftlichen Strukturen im
110 ländlichen Raum der unmittelbare Freund*innen- und Familienkreis oder
111 populistische und rechtsextreme Vereinigungen. Dazu kommt, dass sich Menschen im
112 ländlichen Raum durch „die Politik, die in den Städten“ gemacht wird, politisch
113 schlecht vertreten fühlen. Diesem Narrativ, das sich durch populistische bis
114 rechtsextreme Strömungen immer weiter verfestigt, müssen wir mit Maßnahmen

115 begegnen, die dort ansetzen, wo die ländliche Bevölkerung sich übersehen fühlt.

116 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- 117 • Der ÖPNV zuverlässiger und streckenreicher ausgebaut wird und die
118 Carsharing-Angebote verbessert werden
- 119 • Der ländliche Raum mit besserer und schnellerer Internet- und
120 Telefonanbindung versorgt wird
- 121 • Kulturelle und demokratiefördernde Angebote vor Ort stärker gefördert
122 werden
- 123 • Stärker investiert wird in demokratische, zivilgesellschaftliche
124 Begegnungsorte
- 125 • Die Förderung für die Eröffnung von Arztpraxen auf dem Land verbessert
126 wird und das Werben für eine bessere Zulassung zum Medizinstudium durch
127 die Aufgabe selbstbestimmter Entscheidungen über die eigene Zukunft
128 abgeschafft wird
- 129 • Gezielte Mittel zur Renovierung von Schulen, Kitas und Horts im ländlichen
130 Raum vergeben werden

131 Politische Bildung und Jugendförderung auszubauen!

132 Wenn politische Bildung im Alltag junger Menschen nur im GRW-Unterricht
133 stattfindet, dann ist das in Anbetracht der aktuellen politischen Lage des
134 globalen Rechtsrucks und der aggressiven Isolationspolitik von allen Seiten
135 schlichtweg ungenügend. Junge Menschen kommen kaum in Kontakt mit der
136 Bedeutsamkeit der Demokratie für ihr Leben, erhalten kaum Angebote, um selbst
137 politisch wirksam zu werden, und werden nur gering bis gar nicht dazu befähigt,
138 sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen oder ihn mitzugestalten.
139 Stattdessen wird ihnen der Vorwurf gemacht, sie seien unpolitisch, faul oder
140 würden zunehmend durch soziale Netzwerke verblöden. Diese Haltung lehnen wir
141 entschieden ab und setzen uns stattdessen ein, Angebote und Möglichkeiten für
142 junge Menschen zu schaffen, sich wirksam in den gesellschaftlichen und
143 politischen Diskurs einzumischen und selbstständig an Entscheidungen, die ihre
144 unmittelbare Gegenwart und Zukunft betreffen, mitzuwirken. Unter diesem Aspekt
145 fordern wir unter anderem:

- 146 • verstärkte Thematisierung von Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus,
147 der Klimakrise und sozialer Ungleichheit im Unterricht
- 148 • Finanzielle Unterstützung und Absicherung von Jugendzentren, die der
149 demokratischen Beteiligung von Jugendlichen dienen
- 150 • Einbindung von jungen Menschen in kommunale Entscheidungen, etwa durch den
151 Ausbau des Konzeptes der Jugendräte und durch die Förderung der
152 Projektinitiativen von jungen Menschen
- 153 • Vereine, die sich mit Jugendarbeit beschäftigen (von Sport bis Natur),
154 unterstützen und mehr Sozialpädagog*innen für diese Jugendarbeit zur
155 Verfügung stellen

156 Authentische, echte Aufstiegsversprechen für junge Menschen zu schaffen!
157 Egal wie sehr sich junge Menschen anstrengen oder für welche berufliche Laufbahn
158 sie sich entscheiden: Wohlstand zu erreichen wird immer schwerer und der
159 gesicherte Lebensabend im Wohlstand durch eine gute Rente war noch nie
160 unsicherer. Während junge Menschen sich Gedanken machen, wie sie die Ausbildung
161 oder das Studium für einen später hoffentlich angemessen bezahlten Job mit guten
162 Arbeitskonditionen stemmen, reden Politiker*innen aus allen Lagern über ein
163 verpflichtendes soziales Jahr, mehr Arbeitsstunden bei gleichem Lohn, Sanktionen
164 für Menschen, die früher in Rente gehen wollen, und den Abbau von
165 sozialstaatlichen Mitteln, die das Existenzminimum von Menschen in Ausbildung,
166 FSJ/FÖJ oder Studium ohnehin schon nicht decken. Was junge Menschen brauchen,
167 ist sicherlich nicht der Vorwurf, nicht genug arbeiten zu wollen, sondern die
168 Perspektive, dass dieses Land ihnen für ihre Arbeitskraft und die Kompromisse,
169 die sie eingehen, um die Existenz der anderen Generationen zu sichern, auch
170 Zukunftssicherheit und Anerkennung bietet. Das bedeutet, dass an junge Menschen
171 nicht permanent nur Erwartungen gesetzt werden, sondern auch Vorschläge gemacht
172 werden, um die Lebensrealität dieser gegenwärtig und nachhaltig zu verbessern.
173 Daher streiten wir für die folgenden Maßnahmen:

- 174 • bezahlbare und hochwertige (Aus-)Bildung an Universitäten und Hochschulen,
175 Berufsausbildungszentren und Berufsschulen im Freistaat
- 176 • Erhöhung der Ausbildungsvergütung – Sachsen soll sich dafür einsetzen,
177 dass bundesweit die Mindestvergütung für Ausbildungen nicht geringer als
178 der gesetzliche Mindestlohn beträgt
- 179 • Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen
- 180 • Erhöhung des sogenannten Taschengeldes im FSJ, FÖJ und
181 Bundesfreiwilligendienst

182 Für eine gerechte Gesellschaft soziale Grundrechte zu sichern!
183 Rechte Narrative zielen darauf, die Gesellschaft zu spalten und ein „Wir gegen
184 Die“-Denken zu erzeugen, um davon zu profitieren und einen diskriminierenden
185 Volksbegriff zu einem Kernbestandteil ihres Selbstverständnisses zu machen. Dem
186 begegnen wir, indem eine Gesellschaft geschaffen wird, die geeint und gerecht
187 ist. Lasten dürfen nicht zum Nachteil einzelner ohnehin stigmatisierter Gruppen
188 verteilt sein und Gewinne dürfen nicht von denen, die ohnehin schon viel haben,
189 privatisiert werden. Um eine sozial-gerechte Gesellschaft zu fördern und damit
190 rechten Narrativen die Grundlage zu nehmen, machen wir uns unter anderem für
191 folgende Maßnahmen stark:

- 192 • Stärkung des Rentenniveaus und der Einführung einer würdevollen und
193 armutsfreien Mindestrente statt präkerem Lebensabend
- 194 • Erhöhung des Mindestlohns auf 15€/Stunde und Einführung eines Lohnindex
- 195 • Durchsetzen des verfassungsmäßigen Rechts auf angemessenen Wohnraum
- 196 • Konsequente Haltung gegen Sanktionierung von Bürgergeldempfänger*innen

197 All diese Forderungen und Maßnahmen werden als notwendig erachtet, um die
198 Grundlagen des Rechtspopulismus und die dadurch erfolgende Stärkung des

199 Rechtsextremismus zu bekämpfen. Es reicht nicht nur, Wahlerfolge der AfD zu
200 verhindern oder möglichst gering zu halten, sondern Antifaschismus muss in
201 erster Linie auch dort beginnen, wo der Keim für Faschismus und
202 Rechtsextremismus gesät wird. Dafür ist eine stark sozial ausgerichtete Politik
203 unerlässlich. Als sächsischer Landesverband setzen wir uns dafür ein, dass alle
204 bundespolitischen Forderungen dieses Beschlusses in die Gremien des
205 Bundesverbandes getragen werden. Ziel ist es, dass diese Forderungen auf die
206 politische Agenda kommen und umgesetzt werden. Der Bundesverband soll sich
207 entschlossen für diese einsetzen.

Begründung

Der Antrag zielt auf die Eindämmung des Rechtsextremismus in Sachsen ab, indem er die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für die Radikalisierung anspricht und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechter Narrative und der Stärkung der Demokratie vorschlägt.

Der Nährboden für rechtsextreme und populistische Ideen wird vor allem in sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten gelegt. Studien belegen, dass soziale Isolation und ökonomische Benachteiligung ein Anreiz für die Radikalisierung darstellen können. Laut einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wächst die soziale Ungleichheit in Deutschland seit Jahren, was besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu einer Verstärkung von Frustration und Verunsicherung führt. Menschen, die sich sozial und wirtschaftlich ausgeschlossen fühlen, sind empfänglicher für einfache, oft feindselige Narrative, die ihre Ängste und Sorgen aufgreifen und Sündenböcke wie Migrant*innen oder politische Eliten ins Visier nehmen.

Ein gezielter Kampf gegen die wirtschaftliche Benachteiligung – durch Maßnahmen wie die Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus, den Ausbau des Mietrechtsschutzes und die Förderung von tarifgebundenen Arbeitsplätzen – trägt nicht nur zur Verringerung der sozialen Ungleichheit bei, sondern stärkt auch die Resilienz der Gesellschaft gegenüber rechten Narrativen. Wissenschaftliche Studien (z. B. der Universität Leipzig aus dem Jahr 2020) zeigen, dass soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen entscheidend dazu beitragen, extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Die Angst vor sozialem Abstieg, insbesondere in Zeiten von hoher Inflation, kann Menschen anfällig für extremistische Lösungen machen, die einfache Ursachen und Antworten auf komplexe Probleme bieten. Es ist belegt, dass in Gesellschaften, in denen die Angst vor dem Verlust von Wohlstand und sozialer Stellung stark ausgeprägt ist, der Boden für populistische und rechtsextreme Bewegungen bereitet wird. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023) zeigen sich vor allem in Ostdeutschland starke Verlustängste, die durch die wirtschaftlichen Umbrüche und die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung noch verstärkt wurden. Indem der Staat den sozialen Abstieg durch langfristige Arbeitsplatzsicherung und Weiterbildungsmaßnahmen für strukturschwache Regionen verhindert, wird dem rechten Populismus der Nährboden entzogen.

Die Abkopplung ländlicher Regionen von kulturellen, sozialen und politischen Angeboten schafft Raum für radikale Ideologien. Empirische Forschungen belegen, dass der ländliche Raum in Sachsen besonders anfällig für die Ansprache durch rechtsextreme und populistische Akteure ist, da hier häufig keine alternative politische und gesellschaftliche Gegenöffentlichkeit existiert. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist es entscheidend, in die Infrastruktur des ländlichen Raums zu investieren. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, eine verbesserte Internetanbindung sowie die Förderung von Jugendzentren und Bildungsangeboten sind

wirksame Mittel, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten und sie vor der Vereinnahmung durch extremistische Kräfte zu schützen.

Außerdem ist politische Bildung eine der effektivsten Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung. Eine umfassende Auseinandersetzung mit den Gefahren des Rechtsextremismus und die aktive Beteiligung junger Menschen am politischen Prozess können verhindern, dass junge Menschen sich populistischen oder extremistischen Kräften zuwenden. Studien der Bundeszentrale für politische Bildung belegen, dass eine frühzeitige politische Bildung und die Förderung von Jugendbeteiligung die Wahrscheinlichkeit verringern, dass junge Menschen von rechtsextremen Gruppierungen angeworben werden.

Um junge Menschen vor der Vereinnahmung durch extremistische Kräfte zu schützen, muss ihnen eine Perspektive für ihre Zukunft geboten werden. Durch den Ausbau von Ausbildungsplätzen und die Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen, insbesondere in nachhaltigen und zukunftsfähigen Sektoren wie der Erneuerbaren Energiebranche, wird das Vertrauen in den sozialen Aufstieg gestärkt und die Neigung zu radikalen Lösungsansätzen verringert. Eine Studie der Universität Erfurt bestätigt, dass junge Menschen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen und prekären Lebenslagen stecken, eine größere Bereitschaft zur Unterstützung populistischer und rechter Parteien zeigen.

Rechtsextreme Gruppen gedeihen dort, wo die sozialen Rechte der Bürger*innen untergraben werden. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Unsicherheit ist deshalb unerlässlich, um einer Spaltung der Gesellschaft und der Verbreitung antidemokratischer Ideologien entgegenzuwirken. Eine Studie des Deutschen Instituts für Normung (DIN) zeigt, dass der Ausbau des Sozialstaats – etwa durch eine Mindestrente und die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit – einen signifikanten Einfluss auf die Verringerung von rechtsextremen Einstellungen hat.

Dieser Antrag adressiert die Wurzeln des Rechtsextremismus, indem er auf die sozialen und wirtschaftlichen Missstände eingeht, die radikale und populistische Kräfte für ihre Zwecke ausnutzen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ungleichheit und Verlustängsten sowie die Verbesserung der Lebensqualität und politischen Teilhabe in Sachsen sind nicht nur ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Eindämmung des Rechtsextremismus. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind wissenschaftlich fundiert und haben sich in der Praxis als wirksam erwiesen, um extremistischen Tendenzen vorzubeugen und die Gesellschaft als Ganzes zu stärken. Durch die konsequente Umsetzung dieser Forderungen kann eine breitere gesellschaftliche Resilienz gegenüber extremistischen Einflüssen aufgebaut werden.

Der Dringlichkeitsantrag wird gestellt von: Marlen Drechsler (KV Leipzig, LV GRÜNE JUGEND Sachsen)
Dieser Dringlichkeitsantrag wird unterstützend gestellt von: Maga Görlitz (KV Meißen, LV GRÜNE JUGEND Sachsen), Jacob Kempe (KV Dresden, LV GRÜNE JUGEND Sachsen), Jonathan Wiencke (KV Leipzig), Linus Bauer (KV Leipzig), Temmi Pietsch (KV Dresden, LV GRÜNE JUGEND Sachsen)